



Studierendenparlament der Bergischen Universität Wuppertal

AStA BU Wuppertal, Max-Horkheimer-Str. 15, 42119 Wuppertal

StuPa Präsidium

Frau Solveig Klebert
Herr Matthias Zipse
Frau Laura-Sophie Schardt

Max – Horkheimer – Straße 15
Gebäude ME, Ebene 04
42119 Wuppertal

stupapraes@asta.uni-wuppertal.de
www.stupa-wuppertal.de

Wuppertal, den 10.08.2026

Protokoll der 6. ordentlichen Sitzung des Studierendenparlaments am 29.07.2026

Beginn: 18:05

Ende: 19:17

Ort: AStA-Großraumbüro Ebene ME.04

Redeleitung: Matthias Zipse

Protokoll: Laura-Sophie Schardt

Anwesende Parlamentarier*innen:

Dan Poppek, Rosa Sommer, Hanna König, Marcel Klein, Aaron Weiß, Thies Böhling (Vertretung für Benjamin Wendt), Lilan Lauktien, Matthias „Matti“ Zipse, Philip Cramer, Laura-Sophie Schardt, Lino Maack (Vertretung für Selin Akdağ), Samir „Sam“ Asfid, Robert Hohmann, Maximilian Arsenio Laub

Abwesende Parlamentarier*innen:

Selin Akdağ (entschuldigt und vertreten durch Lino Maack), Solveig Klebert (entschuldigt), Annika (entschuldigt), Celina El-Houmsy (entschuldigt), Zeynep Bilgen (unentschuldigt), Nick Steiner (unentschuldigt), Marcel Hesse (unentschuldigt)

Anwesende Gäste:

Raphael Forens (AStA-Vorsitz), Maria Kotsi

TOP 1: Begrüßung und Regularien

Matti eröffnet die Sitzung um 18:05.

Es wird berichtet, dass der Umlaufbeschluss zur Resolution erfolgreich durchgegangen ist mit einem Abstimmungsverhalten von 13/0/8 (Ja/Nein/Enthaltungen) und, dass man diesen jetzt auf der Stupa-Website einsehen kann (<http://stupa-wuppertal.de/2026/07/19/resolution-zur-abschaffung-des-sonderstatus-von-minijobs/>).

Matti stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Des Weiteren ist das Parlament mit 14 anwesenden Parlamentarier*innen beschlussfähig.

Vorgeschlagene Tagesordnung:

- TOP 1 Begrüßung und Regularien
- TOP 2 Benennung einer AStA-Referentin
- TOP 3 Anträge
- TOP 4 Berichte aus den Gremien
- TOP 5 Hochschule und Hochschulpolitik
- TOP 6 Sonstiges und Termine

Abstimmung der Tagesordnung in dieser Form: 14/0/0 (Ja/Nein/Enthaltung)

Das Protokoll von der 5. ordentlichen Sitzung am 01.07.2026 wurde von Matti am 19.07.2026 versendet. Abstimmung dazu: 11/0/3 (Ja/Nein/Enthaltung) → angenommen

TOP 2: Benennung einer AStA-Referentin

Unter diesem Tagesordnungspunkt muss auch eine neue Einrichtung des AStAs geschehen, da das entsprechende Referat bisher nur über vier Stellen verfügte und somit erweitert werden soll.

Maria Kotsi soll als neue Referentin im Referat für Hochschulpolitik, politische Bildung und Soziales ohne Stimmrecht benannt bzw. bestellt werden, da das Vorgehen aus der vergangenen Stupa-Sitzung am 01.07.2026 so nicht den geltenden Vorgaben entsprach.

Es wird erklärt, dass diese Stelle bisher noch nicht in den Stellen des AStAs vorgesehen bzw. eingerichtet war, aber die Stelle bereits im Haushalt vorgesehen war.

Abstimmung zur Einrichtung einer weiteren Stelle im Referat für Hochschulpolitik, politische Bildung und Soziales 14/0/0 (Ja/Nein/Enthaltung) → somit ist die Einrichtung einstimmig angenommen

Benennung/Bestellung von Maria als zusätzliche Referentin ohne Stimmrecht: 13/0/1 (Ja/Nein/Enthaltung) → somit ist Maria einstimmig benannt/bestellt worden

Auch wenn dies keine obligatorische Abfrage ist, hat sie die Benennung angenommen.

TOP 3: Anträge

Da keine Anträge vorliegen, wird dieser Tagesordnungspunkt nicht weiter behandelt und in der Tagesordnung fortgefahren.

TOP 4: Berichte aus den Gremien

Bericht für den AStA durch Raphael:

Heute hat man sich im AStA-Plenum der Minijob-Resolution angeschlossen, sodass bald dazu ein Post durch das Presse-Referat des AStAs veröffentlicht wird.

Da das AStA-Plenum zwei Wochen in Folge keine Beschlussfähigkeit erreichte aufgrund von Abwesenheiten von stimmberechtigten Referent*innen wird von nun an eine neue Regel implementiert, die im heutigen AStA-Plenum beschlossen wurde, der nach den stimmberechtigten Referent*innen, die unentschuldigt nicht bei diesem erscheinen, die Aufwandsentschädigung um 25 Euro pro unentschuldigter Abwesenheit gekürzt wird.

Zudem habe sich der freie Zusammenschluss von Studierenden (=fzs) per E-Mail gemeldet, nachdem Raphael bei diesem den Austritt angemeldet hatte, der in der letzten Stupa-Sitzung beschlossen worden ist. Diese E-Mail soll den Parlamentar*innen zugesandt werden, daher wird die E-Mail vom 26. Juli 2026 nun vorgelesen. Bestandteil dieser ist die Abfrage eventueller weiterer Gründe für den Austrittswunsch die über finanzielle Argumente hinausgehen, eine Schilderung der zentralen Herausforderungen für Studierendenschaften allgemein und der Verweis auf die Möglichkeit eines Wechsels hin zu einer Fördermitgliedschaft.

Robert erwähnt als weiteren Grund die politischen Differenzen hinsichtlich des vom fzs-betriebenen „Zionismus“, da er eine Resolution ohne Datum gefunden habe, in der die Infragestellung des Existenzrechts Israels abgelehnt wurde. Zudem fügt er an, dass der fzs evtl. deshalb auch einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit dem SDS habe.

Dan ergänzt, dass der AStA diese Positionen nicht vertreten würde und weist darauf hin, dass die Angebote des fzs in der Vergangenheit nicht von den entsprechenden Referent*innen in Anspruch genommen worden sei, da es auch andere Partner*innen gäbe bzw. man keine Notwendigkeit darin sähe, so einen Lobbyverband zu unterstützen, da es auch innerhalb der Organisation des fzs Streitigkeiten gäbe.

Sam verweist darauf, dass bereits ausführlich politische und ideologische Punkte besprochen worden seien, bei denen man so nicht mitgehen wollte. Auch die interne Zerstreuung und das unfähige Wirken nach Außen rechtfertigten seiner Meinung nach nicht die ca. 20.000 Euro, die unsere Studierendenschaft regelmäßig an den fzs zahle. Zudem habe er den Anspruch, dass bei solch einer Geldsumme mehr proaktiv gemacht werden würde und das Landes-Asten-Treffen (=LAT) böte mehr Perspektiven von Universitäten aus der unmittelbaren Nähe.

Matti ruft ins Gedächtnis, dass die Fördermitgliedschaft nur 500€ kosten würde, aber dass er es auch verstünde, wenn man aus politischen Gründen kein Mitglied mehr sein möchte, die 500€ jedoch würden dem Haushalt nicht unbedingt wehtun. Er empfiehlt Raphael, mit einer E-Mail zu antworten, indem die politischen Differenzen zu Israel dargelegt werden sollten. Zudem verweist er darauf, dass man immer noch als Fördermitglied einsteigen könne, da Raphael in seiner Mail nur den Austritt als Vollmitglied vollzogen bzw. angekündigt hat.

Raphael möchte in einem eventuellen Gespräch keine Debatte über den Westasien-Konflikt führen und prognostiziert, dass eventuell ein Vorwurf kommen wird, dass wir die Angebote bisher nicht benutzt haben.

Philip findet die Lobbyarbeit für die Anliegen von Studierenden positiv, gibt aber zu Bedenken, dass wenn der Großteil des Parlaments politische Differenzen zum fzs hat, eine Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft nicht unbedingt zielführend sei. Er ergänzt, dass durch eine zukünftige Fördermitgliedschaft trotzdem das öffentliche Auftreten von organisierten Studierendenschaften gestärkt werden könnte.

Robert führt aus, dass diese 500€ auch lokal benutzt werden könnten, um andere Lobbyverbände aufzubauen bis es zu einem merklichen Wechsel in der Position zum Westasienkonflikt käme, was er aber als nicht wahrscheinlich ansieht.

Matti rät, zumindest die politischen Differenzen zu thematisieren und zu erwähnen, dass selbst wenn unsere verfasste Studierendenschaft sich aktiv im fzs einbringen würde, es in dieser Frage keinen Wechsel gäbe. Zudem sei der fzs historisch so geprägt, sodass es dort Einheitsmeinung ist, doch sei es so, dass sich die Mehrheiten diesbezüglich bei uns verändert hätten.

Marcel regt an, das nicht mehr benötigte Geld für die Mitgliedschaft zu nutzen, um den Semesterbeitrag zu verringern.

Matti möchte dies auf der nächsten Sitzung im September erneut besprechen, wenn der nächste Beitrag so beschlossen werden soll.

Raphael rät dazu, für einen solchen Beschluss Oli als Finanzreferenten des AStAs einzuladen, da der AStA-Beitrag bisher eventuell nur annähernd inflationsmäßig gestiegen sei.

Matti verweist auf die Riesenaufstellung durch die verantwortliche Person in der Verwaltung des AStAs, anhand derer man sehe, dass schon eher ein starker Anstieg stattgefunden habe, da die Jusos zuvor immer versucht haben, den Beitrag so niedrig wie möglich zu halten und dass sich eine Wende abgezeichnet hat, seitdem der SDS beteiligt war. Zudem blieben die Fixkosten trotz Inflation stabil und dass Kultur minus macht, sei nun mal so. Die Aufstellung wird er Raphael zukommen lassen.

Ergebnis der Debatte ist, dass Raphael für seine Antwort freie Hand erhält und der Beschluss bestehen bleibt, da der AStA als ausführendes Organ gilt und der Vorsitz die Beschlüsse vollzieht.

Bericht über die letzte Senatssitzung durch Laura:

Laura berichtet, dass in der letzten Sitzung des Senats der Gleichstellungspreis an die Fakultät 7 verliehen worden ist, dass Herr Prof. Dr. Daniel Neumaier den Weltlöwen erhalten hat und dass das Rektorat seinen Rechenschaftsbericht gehalten hat. Zudem ist Frau Rektorin Wolff Mitglied im Nachhaltigkeitsbeirat NRWs geworden und das nächste Humboldtⁿ-Forum wird in Wuppertal stattfinden. Außerdem war der Vorsitzende des Hochschulrates, Herr Beutelmann, in der Senatssitzung zugegen und hat von der Arbeit des Hochschulrates berichtet. Besonders interessant war, dass die Infrastruktur der BUW als Risiko eingeordnet worden ist und die Lage bezüglich der „Konstruktiven Konsolidierung“ und der Raumkonsolidierung wurden angesprochen. Als besonders relevant anzumerken sei, dass es in NRW ein neues Hochschulstärkungsgesetz gibt. Zu diesem soll eine neue ad-hoc-Kommission des Senats eingerichtet werden, da damit auch Grundordnungsänderungen einhergehen müssen.

Philip ergänzt den Hinweis, dass es nun eine Kooperation zwischen der BUW und der RWTH im Lehramtsstudium gibt. Außerdem weist er auf die zentrale Bedeutung der neuen Senatskommission zum Hochschulgesetz hin, da darin auch wichtige Themen wie Anwesenheitspflichten besprochen werden. Auf seinen Hinweis, diese Kommission möglichst paritätisch zu besetzen, damit auch die Anliegen der Studierendenschaft Berücksichtigung finden werden, verwies die Rektorin auf die

Möglichkeit, als Gast an dieser teilzunehmen. Philip plädiert dafür, möglichst viele Studierende zu benennen und als Vertretungen vorzusehen, da das Thema sehr groß sein wird.

Anschließend kommt eine Debatte auf, mit welchen Mitteln man diese Senatskommission durch die Breite der Studierendenschaft begleiten sollte. Es wird sich dafür ausgesprochen, auf eine möglichst konstruktive Zusammenarbeit zu setzen, die darauf setzt, dass die Studierendenschaft die größte Statusgruppe bildet. Zudem wird darauf hingewiesen, dass Gäste nicht automatisch über ein Rederecht verfügen würden, man aber darauf beharren möchte, dass möglichst viele Stimmen Gehör finden, wenn von der im Senat vorgesehenen Verteilung der Sitze nicht abgewichen wird, was aber eigentlich möglich wäre, was Matti anhand der Gleichstellungskommission belegt, die dies in ihrer Geschäftsordnung aufgenommen hat.

Robert verweist auf § 24 in der Grundordnung der Uni und sieht darin ein Rederecht in den Gremien.

Raphael führt aus, dass es mit der vom Senat vorgesehenen Verteilung schwierig ist, genauso mitzustimmen, da es mit wenig Studis schwierig sei zu überzeugen und den Diskurs maßgeblich mitzubestimmen.

Bericht über die Senatskommission „Planung und Finanzen“ durch Laura:

In der Kommission wurden die Themen-Arbeitsprogramme zum HEP 2026-2035 besprochen, der Stand bezüglich der Konstruktiven Konsolidierung der die „Neue Masterplanung“ bezüglich des Raumbedarfes besprochen. Besonders eindrücklich war auch hier der Stand und die Höhe der Kosten der Anmietungen der Uni und der marode Zustand der räumlichen Infrastruktur der Uni.

Bericht über die Senatskommission „Forschung und Digitales“ durch Dan:

Dan berichtet über Änderungen im Berufungsverfahren, die u. a. ein neues digitales Tool beinhalten, durch das Berufungsverfahren unbürokratischer und interdisziplinärer gestaltet werden sollen und vor allem schneller durchgeführt werden sollten, da dies in der konstituierenden Senatssitzung ein wichtiges Anliegen aus der Professor*innenschaft war. Dieses Tool würde durch einen externen Anbieter angeboten werden. Zudem verweist Dan auf den Einfluss der Studierendenvertretungen in Berufungskommissionen, da Studierende vor der Vergabe die Möglichkeit haben, die Bewerber*innen kennenzulernen und ggf. ein Sondervotum eingelegt werden könnte. Zudem sei angeregt worden, Ausschreibungen weiterzuleiten an mögliche Lehrstuhlinhaber*innen, um so darauf Einfluss zu nehmen. Insgesamt gebe es zwar schon Einflussmöglichkeiten durch Studierende, doch diese sollen nun durch einen neuen Handlungsleitfaden verstärkt und bewusster gemacht werden.

Bericht der Ausschüsse des Stupas:

Raphael merkt stellvertretend für Oliwer an, dass es unabdinglich ist, in der nächsten Zeit den Haushaltsausschuss zu konstituieren, da im September der Haushalt beschlossen werden muss.

Robert geht davon aus, dass im HHA noch nicht genügend Menschen für den SDS, da noch drei Mitglieder desselben fehlen. Matti führt aus, dass es theoretisch genug Mitglieder im Ausschuss gibt, da dieser bereits beschlussfähig sei, wenn vier Mitglieder teilnehmen können. Er hatte zuvor gehofft, dass noch jemand nachbesetzt wird wegen der zeitlichen Dringlichkeit.

Laura berichtet, dass die Arbeit im Härtefallausschuss super vorangehe und man langsam die Antragsmenge bewältigen würde.

Vorgehen bezüglich der Resolution gegen die Abschaffung der Minijobs:

Maximilian fragt nach, wie mit der Resolution öffentlichkeitswirksam umgegangen werden kann. Matti verweist darauf, dass das Stupa über keinen Instagram-Account verfügt. Marcel schlägt vor, dass die Listen ggf. als Koop-Autoren beim AStA-Post eingeladen werden könnten.

Bericht über das letzte Rektoratsgespräch durch Raphael:

Das Sicherheitspersonal hat wohl eine Schulung in Richtung Awareness absolvieren müssen. Da jedoch auch Vorfälle davon ausgehend passiert sind, ist die Wirksamkeit dieser Schulung fraglich. Laut der Kanzlerin soll aber noch eine weitere Schulung stattfinden.

Dem AStA ist es ein Anliegen, dass die Semesterbeiträge früher überweisen werden. Zudem wurde durch das Rektorat mitgeteilt, dass die Antwort vom Justizariat der Uni bezüglich der 9€-Ticket-Gelder wohl im September erfolgen soll und diese haben auch schon um die entsprechenden Unterlagen beim AStA gebeten. Die Studierendenzahlen für das nächste Semester sind laut Rektorat wohl erst frühestens ab Oktober realistisch einzuschätzen.

Bezüglich des Stupa-Beschlusses zur digitalen Abgabe wurde erwähnt, dass man bereits daran arbeiten würde und es schon ein Pilotprojekt von der FK 6 gäbe, jedoch sind wohl manche Lehrende eher konservativ dagegen eingestellt, aber das Rektorat schien überzeugt von der Stupa-Resolution. Es kam in der unmittelbaren Zeit zu Datenschutzvorfällen wie etwa durch un-anonymisierte Notenlisten. Darum wolle man sich kümmern und evtl. durch randomisierte Matrikelnummer entgegenwirken. Bald wird eine neue AStA-Terrasse errichtet. Dies geht vom BLB aus und da nicht einmal die Uni Mitspracherecht hat, werden die Studis auch nicht daran beteiligt. Es wurde kritisiert, dass die Uni teilweise Werbung mit KI-generierten Inhalt geschaltet hat. Das Rektorat empfiehlt, dass man Mails ans Marketing bezüglich der Kritik schreiben kann. Es wurde ein Hitzeschutzkonzept erfragt, aber dieses gibt es nicht im großen Stil. Aus Perspektive des Arbeitsschutzes sollte man nicht dort arbeiten, wo über 30 Grad herrschen. Außerdem gibt es vermehrt Probleme, dass Türen nicht mehr aufgehen.

Zudem wurden auch politische Dinge besprochen. Erstens gab es Kritik, weil Rheinmetall auf dem Recruiting-Tag präsent war und es kam zu einigen Beschwerden von Studierenden beim AStA. Laut Rektorat würde man niemanden ausschließen wollen, da man schließlich auch vom Klappspaten sterben könnte. Die zweite politische Angelegenheit betraf die Resolution gegen die Einladung von Veronika Grimm, die man seitens des Rektorats wohl nicht nachvollziehen konnte, auch wenn man ein Compliance-Problem einräumen musste.

Matti merkt zur Rheinmetall-Thematik an, dass auch die Frage aufkommt, inwiefern dies gegen die Zivilklausel spricht, obwohl anzumerken sei, dass die Zivilklausel der BUW nur sehr schwach ist. Marcel hinterfragt, ob dies mit der Grundordnung vereinbar ist, da dort explizit festgeschrieben ist, dass die Uni sich u. a. für Demokratie und Nachhaltigkeit und „frieden“ einsetzt. Im Gespräch wurde wohl auch die These vertreten, dass Friedenssicherung mit Waffen auch nachhaltig sein könnte.

Maximilian erkundigt sich nach den rechtlichen Rahmenbedingungen und der Handhabung der Universität bei Verdacht auf unzulässigen KI-Einsatz. Matti verweist auf die bestehenden Richtlinien zum KI-Einsatz und zur guten wissenschaftlichen Praxis sowie auf das Formblatt zur Angabe von KI-Hilfsmitteln. Rein sprachliche Umformulierungen seien zulässig, die reine Generierung von Texten hingegen nicht; dies sei auf der Website der Universität entsprechend aufgeschlüsselt. Der rechtliche Umgang bleibe jedoch unklar, da KI-Scanner keinen rechtssicheren Nachweis erbringen können.

Dan führt aus, dass die Regelungen in den einzelnen Fakultäten unterschiedlich gehandhabt werden, die Praxis transparenter gestaltet werden müsse und die aktuelle Situation eine Grauzone darstelle.

Philip ergänzt, dass vonseiten der Universität kein zentraler KI-Scanner bereitgestellt wird und Dozierende daher auf selbst angeschaffte oder kostenlose Tools zurückgreifen. Raphael merkt an, dass Dozierende meist nicht primär wegen der KI-Nutzung an sich gegen Prüfungsarbeiten vorgehen, sondern aufgrund anderer Mängel. Gegen Prüfungsbewertungen rechtlich vorzugehen sei in der Praxis zwar fast unmöglich, formal jedoch nicht ausgeschlossen.

TOP 5: Hochschule und Hochschulpolitik

Robert erwähnt, dass der Shop-Ausschuss bisher noch nicht konstituiert worden ist.

Matti erklärt, dass er bisher davon ausging, dass der Shop-Ausschuss bereits ein ständiger Ausschuss sei, aber man diesen nicht in der GO gefunden hat, weshalb er in Vergessenheit geraten war. Man müsste den Ausschuss erstmal einrichten und dann konstituieren.

Robert kündigt an, diesbezüglich für die nächste Sitzung einen Antrag einzureichen, um in einem die Situation des Shops in einem Ausschuss besprechen zu können.

Matti erwähnt, dass dieser vor der Einladungsfrist geschehen müsse, damit dazu wegen der Transparenz explizit eingeladen werden kann. Die Verteilung auf die Listen wären 5-1-1 Mitglieder. Daher sind alle Listenverantwortlichen dazu aufgerufen, interessierte Mitglieder dafür zu begeistern.

Raphael erwähnt, dass der zukünftige Wahlausschuss in der nächsten Sitzung zu einem großen Teil bzw. als Rumpfteam bereits bestehen sollte.

Robert erinnert an den Beschluss von vor einiger Zeit, demnach ein Wahl-O-Mat für die Stupa-Wahl eingerichtet werden sollte. Dieser Antrag müsse entweder aufgehoben werden, wenn der Wahl-O-Mat nicht für möglich gehalten wird und niemand aus dem Wahlausschuss außerordentliches Interesse daran bekundet, die notwendigen IT-Kenntnisse aufweisen kann und angemessen neutrale Fragen zu formulieren. Zudem kann der bisherige Wahlausschussvorsitzende, Raphael, aufgrund seiner Rolle als AStA-Vorsitzender nicht Teil des zukünftigen Wahlausschusses werden, aber er stünde sicherlich noch für Fragen bereit. Interessierte sollten sich an das Stupa-Präsidium wenden.

Marcel regt an, die nun abwesende Opposition an dem Wahl-O-Maten zu beteiligen, da diese Idee vor allem auf einen Wunsch der Opposition zurückzuführen ist.

TOP 6: Sonstiges und Termine

07.08. Sommergrillen des AStAs

02.09. nächster Stupa-Sitzung

Matti beendet die Sitzung um 19:17.

Laura-Sophie Schardt

Matthias Zipse

Solveig Klebert